

TISCHVORLAGE

Delegiertenversammlung
SP Schweiz
Samstag 25. Oktober 2014
Liestal



DEFINITIVE TRAKTANDENLISTE DER DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM SAMSTAG, 25. OKTOBER 2014 LIESTAL

Dauer: 10.15 Uhr–ca. 15.45 Uhr

- 10.15 1. Eröffnungsgeschäfte**
*Grussbotschaft von Regula Nebiker und Daniel Münger,
Regierungsratskandidierende der SP Baselland*
- 10.30 2. Mitteilungen**
- 10.35 3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz,
Ständerat FR**
- 10.50 4. 18. Oktober 2015 – der Countdown läuft!**
- 11.10 5. Rede Bundesrat Alain Berset**
- 11.30 6. Schwerpunkt: Die SP geht in die Agglo**
- Gastreferat: Matthias Daum, *Leiter des Schweizer Büros der "Zeit"*
 - Vorstellung des Projekts «Starke SP in der Agglo»
 - A. Präsentation der Stellungnahmen der Geschäftsleitung zu den Anträge zu den Zwillings-Resolutionen
 - B. Verabschiedung Zwillings-Resolution (überarbeitete Version, NEU) R-1 und R-2 «Gemeinsam für lebendige Agglomerationen 1 und 2»
- 12.45 7. Parolenfassung für eidg. Abstimmungen am 30. November 2014**
- Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre» (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)
Kurzreferat: Susanne Leutenegger Oberholzer, Nationalrätin BL und Ada Marra, Nationalrätin VD
 - Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Ecopop-Initiative)
Kurzreferat: Cesla Amarelle, Nationalrätin VD und Silva Semadeni, Nationalrätin GR
 - Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold» (Gold-Initiative)
Kurzreferat: Cédric Wermuth, Nationalrat AG

-
- 13.10 8. Umsetzung BV Art. 121a**
- Behandlung und Bereinigung der Anträge zum Positionspapier (siehe separates Antragsheft als Tischvorlage)
 - Schlussabstimmung über das Positionspapier «BV Art. 121a: Umsetzungskonzept der SP Schweiz»
- 14.30 9. Jahresrechnung 2013**
- 14.40 10. Beitrag Denknetz**
10 Jahre Denknetz 2004-2014
- 14.50 11. Wahl Mitglieder GPK und Genehmigung Reglement**
- 15.00 12. Resolutionen und Wahlen**
- A. ➤ R-3 Resolution von Beat Jans, NR BS und Jacques-André Maire, NR NE
«Für eine zukunftsfähige, ressourcenschonende Landwirtschaft»
 - R-4 Resolution der Geschäftsleitung «La Suisse existe! Sprachgrenzen sollen zu Sprachbrücken werden»
 - R-5 Resolution der Geschäftsleitung «Unsere Verantwortung für die Tragödie in Syrien und Irak wahrnehmen»
 - B. ➤ Wahl Co-Präsidium Fachkommission Landwirtschaft.
- 15.45 13. Schluss/Apéro**

TRAKTANDUM 6: SCHWERPUNKT: DIE SP GEHT IN DIE AGGLO

A. Präsentation der Stellungnahmen der Geschäftsleitung zu den Anträge zu den Zwilling-Resolutionen

Auf die Zwilling-Resolution „Die SP geht in die Agglo“ sind 7 Anträge eingegangen, darunter der Rückweisungsantrag der SP Kanton Zürich.

1) Antrag von SP60+ zu Resolution 1 (neue Massnahme nach Massnahme 2): SP-Aktivierungsprojekt in den Agglos

Die SP Schweiz lanciert ein Programm zur Aktivierung der SP-Sektionen in Agglomerationsgemeinden und erarbeitet dazu mit den betroffenen Sektionen konkrete Aufbauprojekte vor Ort. Entsprechend sind auch wo nötig Sektionsneugründungen voranzutreiben.

Begründung: Die der Delegiertenversammlung vorgelegten Zwilling-Resolution R-1 und R-2 schlagen staatliche Strukturreformen und konkrete Massnahmen für eine bessere sozialdemokratische Boden-, Wohnraum-, Verkehrs- oder Finanzpolitik vor. Das ist wichtig und folgt der guten Tradition einer engagierten sozialdemokratischen Kommunalpolitik. Für diese konkreten Reformen dürften aber vielerorts die nötigen organisationspolitischen Voraussetzungen fehlen. In den Agglo-Gemeinden wird oft über mangelndes politisches Interesse und fehlendes politische Personal geklagt. Oft gibt es keine SP-Sektionen mehr oder sie sind überfordert. Unsere Antrag verlangt, dass sich die SP Schweiz auch ganz praktisch um diese Mobilisierungsvoraussetzungen kümmert und ein Aktivierungsprogramm auf die Beine stellt, das die Sektionen motiviert, ihnen konkret hilft und parallel dazu auch die in den Resolutionen erwähnten Reformanliegen voranbringt.

2) Antrag von SP 60+ zu Resolution 2/Massnahme 5: Medizinische Grundversorgung ist auch wichtig

Eine Siedlungsplanung, die sich für soziale Durchmischung und das Miteinander der Bevölkerung interessiert, setzt sich auch mit bildungs-, sozial-, gesundheits- und familienpolitischen Fragen auseinander. Lebensqualität für alle statt für wenige bedarf öffentlicher Infrastrukturen und öffentlicher Dienste, die als qualitativ hochstehender Service public organisiert sind. **Zum Service public gehört zwingend auch die Gesundheitsversorgung. Gesundheitsstützpunkte, welche das ganze Spektrum – von ärztlicher/medizinischer Versorgung über den Care-Sektor bis hin zu Kinder- und Altenbetreuung – abdecken. Sie müssen möglichst nahe bei den Menschen eingerichtet werden.** Gerade im ~~Care-Sektor, von der Kinder- bis zur Altenbetreuung, gibt es~~ in Agglomerationsgemeinden, wo viele Pendlerinnen und Pendler leben, **gibt es** dringenden Handlungsbedarf. Dieser ist auch in anderen Bereichen gegeben. Generell sollen soziale Dienste nicht privatisiert und der Profitlogik ausgesetzt werden, sondern als Service public mit einem hohen professionellen Anspruch institutionalisiert sein.

Begründung: Der Sektor „Care“ ist längst begehrt in der Privatwirtschaft, in der Werbung, in Finanzunternehmungen und im lukrativen Qualitäts-Zertifizierungswettbewerb. Zum Beispiel in der

Spitex ist festzustellen, dass viele private Initianten, aus Gesundheitsstrukturen, aus wirtschaftsorientierten Unternehmungen willkürlich ein Betreuungs- oder Pflegeangebot auf den Markt bringen. Aus Sicht der SP bleiben Qualität, Ethik und Fachkompetenz oft auf der Strecke. Wir plädieren für öffentlich-rechtliche Quartierstützpunkte mit niederschwelliger Bürokratie. Im ganzen „Care“ Sektor sollen Bildung und Nachwuchsförderung über alle Berufsgruppen im Sekundär und Tertiärbereich staatlich gefordert und finanziell unterstützt werden. Für Familien, besonders für die ältere Bevölkerung soll Beratung, Prävention und Spitexleistungen angeboten werden. Zum Beispiel Dementen-Betreuung Tag und Nacht für Angehörige, die Zuhause ihre dementen PartnerInnen betreuen, sollen regionale Stützpunkte entstehen. In der Zusammenarbeit zwischen verkehrsnahen Gemeinden und der regionalen Spitexorganisationen sollen massgeschneiderte (4-8 Plätze) für die Betreuung, Versorgung „Care“ öffentlich-rechtliche Strukturen geschaffen werden. Zum Beispiel in Wohnungen, in Nähe von Kindergärten oder Gemeindestrukturen. Zur Kostendeckung müssten sich Private und Gemeinden koordinieren.

3) Antrag von SP60+ zu Resolution 2/Massnahme 7: Keine Demokratie ohne MigrantInnen

Demokratie plus: Raum- und Siedlungsplanung betreffen die unmittelbaren Lebensverhältnisse von Menschen. Es ist deshalb wichtig, dass Betroffene mitbestimmen können. **Zu den Betroffenen gehört explizit auch die ausländische Wohnbevölkerung.** Statt einer bürokratischen Verrechtlichung der Raumentwicklung fordert die SP mehr Partizipation. Wie in den Niederlanden erfolgreich praktiziert, sollen betroffene Kreise von Beginn weg systematisch in Entwicklungsprozess eingebunden sein, da dies zu besseren und breit abgestützten Ergebnissen führt.

Begründung: Über ein Fünftel der Schweizerischen Wohnbevölkerung sind Ausländerinnen und Ausländer ohne Schweizer Pass und damit meist ohne Recht auf Mitbestimmung. Das Argument sie seien in der ursprünglichen Formulierung mitgemeint, ist für diese grosse Bevölkerungsgruppe zu schwach. Um eine echte Partizipation in der Wohn- und Siedlungspolitik zu gewährleisten, muss das Mitbestimmungsrecht für Ausländerinnen und Ausländer ausdrücklich erwähnt werden.

4) Antrag der SP Waadt zu Resolution 1: Ersetzen des Begriffs « banlieues »

Begründung: Der Begriff «banlieues» ist zu wenig präzise. Es ist nicht erstrebenswert, Staatsebenen innerhalb einer Gemeinde zu schaffen, die mehrere «banlieues» hat.

5) Antrag der SP Waadt zu Resolution 1: Streichen der Massnahme 3

Begründung : Die PSV lehnt die Schaffung einer vierten Staatsebene ab, die zahlreiche Probleme der Regierungsführung stellen würde. Es ist sinnvoller, die Fusion von Gemeinden zu fördern als eine neue Staatsebene zu schaffen, welche die Kompetenzverteilung noch komplexer machen würde.

6) Antrag der SP Kanton Zürich: Rückweisung der Zwillingsresolution

Für uns ist das Agglo-Projekt von sehr grosser Bedeutung. Der praktische Teil scheint uns auch auf gutem Weg zu sein. Die Resolutionen, welche die GL der DV vorlegt, werden dem Thema allerdings nicht gerecht.

Wir sind der Meinung, dass die Botschaft primär sein sollte, dass wir als SP verstanden haben, dass die Agglo der blinde Fleck der Schweizer Politik ist und wir dies ändern wollen. Dazu muss die Kommunikation verständlich und konsistent sein. Die Sprache der beiden vorliegenden Resolutionen ist nicht geeignet, um von der breiten Bevölkerung verstanden zu werden.

Der Siedlungsraum, den man als Agglo bezeichnet, ist sehr dynamisch. Gleichzeitig fühlen sich offensichtlich viele Menschen in der aktuellen Agglo nicht wohl. Dies zeigt sich darin, dass viele Menschen innerhalb kurzer Zeit wieder aus Agglogemeinden wegziehen. Unser Ziel ist es, die Agglo so zu gestalten, dass die Menschen auch ausserhalb der alten Dorfzentren gerne dort leben, ihre Umgebung demokratisch mitgestalten können und eine Sozialstruktur bilden können, die trägt.

Der Ausbau demokratischer Mitbestimmung ist deshalb zentral, Die Resolutionen zeigen aber nicht auf, wie diese allfällige vierte Staatsebene in der Bundespolitik berücksichtigt werden könnte. Nachdem schon heute die grossen Städte in der Bundespolitik kaum gehört werden, wäre es wenig hilfreich, eine weitere (häufig kantonsüberschreitende) Ebene zu schaffen, welche nicht gehört wird.

Der Abschnitt Bodenpolitik ist in keiner Weise spezifisch auf die Agglo ausgelegt, obwohl Boden, Wohnen, Verkehrs- und Siedlungsplanung zu den zentralen Problempunkten in den Agglos gehören. Insbesondere was die Bereiche Verkehrs- und Siedlungsplanung angeht, ist die Rolle der Kantone und das Verhältnis zwischen Agglo und Kantonen völlig ausgeblendet.

Gebietsreformen werden sehr prominent und als Mittel zur Demokratisierung dargestellt. Eine Gebietsveränderung kann für die Erfüllung von Aufgaben von Vorteil sein, sie führt aber nicht automatisch zu mehr Demokratie.

In erster Linie demokratisiert sich das politische System in Gemeinden und darüber hinaus, wenn die Transparenz erhöht und die Mitwirkung verbessert wird. Für mehr Mitwirkung ist die Einführung von Parlamenten in grösseren Gemeinden mit Gemeindeversammlungen ein zentrales Element. Die vorliegenden Resolutionen unterschätzen die Wichtigkeit dieses Punktes.

Einerseits wird der Aufbau von Verwaltungskompetenzen gefordert, etwa im Bereich Siedlungsplanung, gleichzeitig die Verrechtlichung gerade auch des Planungsbereiches zu Recht kritisiert.

Es wird in keiner Weise angesprochen, dass die Aufgabe der Gemeinden sein muss, den Raum Agglo so zu gestalten, dass die Menschen die Freiheit und die Möglichkeit haben, diesen so zu gestalten, dass Heimat entstehen kann. Dazu braucht es eine Stärkung der Zivilgesellschaft und nicht bloss technische und planerische Massnahmen.

Wir wünschen uns eine Resolution, welche verständlich formuliert und auf die Rolle des Bundes im Themenfeld Agglo fokussiert ist, da die SP Schweiz Absenderin ist. Weiter soll das Zusammenspiel von Menschen und ihrer Umwelt stärker ins Zentrum gerückt werden.

Die SP Kanton Zürich beantragt deshalb die Rückweisung der beiden vorliegenden Resolutionen, verbunden mit dem Auftrag, an der nächsten Delegiertenversammlung eine überarbeitete Resolution zum Thema Agglo vorzulegen.

7) Antrag der SP Kanton Genf zu Resolution 2: Neue Massnahme 8. Eine solidarische Steuerpolitik gewährleisten, um auf die Bedürfnisse der Städte einzugehen

Die Kernstädte finanzieren wichtige Dienstleistungen, von denen die Umlandgemeinden profitieren: Verkehrsinfrastrukturen, soziale Dienste, kulturelle Institutionen mit regionaler Ausstrahlung, Sportangebote usw. Zudem sind auch gewisse Umlandgemeinden sehr belastet, namentlich bei Fragen der Sozialhilfe, der Arbeitslosigkeit und der Eingliederung. Das Steuersystem muss diesen Realitäten Rechnung tragen. Es ist deshalb wichtig, dass sich die Gemeinden mittels einem solidarischen Steuersystem finanziell an der Kostendeckung beteiligen.

Begründung: Die Genfer Sektion freut sich, dass die Geschäftsleitung sich für die Schweizer Agglomerationen einsetzt. Als Kanton mit der zweitgrössten Stadt der Schweiz muss Genf an regionalen Prozessen und solchen in den Agglomerationen mitbeteiligt sein.

Die vorgeschlagenen Massnahmen kosten etwas, und ihre Finanzierung führt oft zu schwierigen Diskussionen. Es ist nötig, an die Solidarität zu appellieren, die in einer Agglomeration spielen muss, damit diese Erfolg haben kann.

Aus steuerlicher Sicht müssen wir unbedingt die Beiträge auf der Basis der von den Kernstädten aufgewendeten Kosten ausgleichen. Verschiedene Umlandgemeinden haben ebenfalls bedeutende Sozialkosten, die mit den besser gestellten Gemeinden aufgeteilt werden müssen.

Rund um Lausanne können Gemeinden wie Lutry mit einer tiefen Sozialhilfequote (1.4%) als privilegiert gelten, im Gegensatz etwa zu Renens (8.9%)¹. In Zürich steht die begüterte Goldküste dem Schwamendingen-Quartier gegenüber, wo viele Bürgerinnen und Bürger Sozialhilfe beziehen (8%). Umgekehrt beträgt diese Quote in Fluntern, einem begünstigten Hügelquartier in Zürich, gerade mal 0.7 %.²

Wenn wir wollen, dass sich die SP Schweiz für die Agglomerationen einsetzt, scheint es uns deshalb unabdingbar, auch auf eine Steuerpolitik zu pochen, die dieser spezifischen Problematik gerecht wird.

¹ Statistique de l'aide sociale – Vaud, données 2012

² Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich 2014, données 2012

A. Resolutionen

Resolution der Geschäftsleitung SP Schweiz

R-1 Gemeinsam für lebendige Agglomerationen 1 (NEU)

Agglomerationen werden offiziell definiert als zusammenhängende, funktionale Siedlungs- und Lebensräume, die *Kernstädte* (z.B. Bern, Lausanne oder Zürich) mitsamt direkt angrenzenden *suburbanen* Zonen (z.B. Zollikofen, Renens oder Schlieren) und weiter ausserhalb liegenden *periurbanen* Zonen (z.B. Münsingen, Echallens oder Rümlang) umfassen. Wenn im allgemeinen Sprachgebrauch von Agglomerationen die Rede ist, sind damit allerdings Gemeinden gemeint, die dem sub- oder periurbanen Raum zugeordnet werden können. Klischeehaft, und oft auch etwas überheblich, stellt man sich unter der Agglo dann vernachlässigte und unattraktive Vorstadtgemeinden und/oder zersiedelte und ein wenig spiessige Einfamilienhausgemeinden vor. Damit wird nicht nur ausgeblendet, dass viele Menschen in diesen Gemeinden ihre Heimat gefunden haben, vor allem erschwert das fehlende Bewusstsein der gemeinsamen Interessen, Abhängigkeiten und Herausforderungen von Kernstadt, sub- und periurbanem Raum aber auch eine erfolgreiche Agglomerationspolitik.

Dieses Bewusstsein gilt es zu schaffen resp. zu schärfen. Denn es ist nicht so, dass es sich vielerorts nicht bereits entwickelt. In der Verkehrspolitik wissen es viele Gemeinden schon länger, steuerpolitisch ist es für den vernünftigen Betrachter klar, in der Sozialpolitik oder der Raumplanung zeigt es sich schweizweit auch immer deutlicher: **Gemeinsam geht es besser**. Um dieses Gemeinsame in den Agglomerationen zu ermöglichen, braucht es entsprechende und passende Instrumente, Institutionen und politische Räume.

Die SP Schweiz fordert eine Stärkung der Demokratie. Es braucht demokratische Steuerungsmöglichkeiten, damit Agglomerationen sich gemeinde- und kantonsübergreifend – und teils sogar über die Landesgrenzen hinaus (Metropolitanräume Basel, Genf-Lausanne und Tessin/Insubrica) – sinnvoll entwickeln, damit sie ihre spezifischen Interessen artikulieren und vertreten können. Das ist die Grundlage für eine ganzheitliche und zukunftsgerichtete Agglomerationspolitik.

Vier Massnahmen bieten sich dafür an und können je nach Situation und Bedürfnissen unterschiedlich umgesetzt und kombiniert werden:

- 1. Gebietsreformen:** Gemeindefusionen und/oder Gebietsarrondierungen können wesentlich dazu beitragen, die demokratische und effektive Steuerung von Agglomerationen zu verbessern und damit letztlich auch den Föderalismus zu stärken.
- 2. Parlamente:** Gerade in „Pendlergemeinden“ stärken Parlamente, sofern es sie nicht schon gibt, den politischen Austausch und die demokratische Kultur. Das wirkt sich insbesondere auch positiv auf Projekte aus, die es in Agglomerationen über Grenzen hinweg zu realisieren gilt.
- 3. Vierte Staatsebene:** Die „Agglomeration Freiburg“ mit ihrem eigens gewählten Agglomerationsrat macht es vor, wie eine vierte Staatsebene in der Schweiz aussehen kann. Bestehende Regionalkonferenzen in verschiedenen Kantonen sollen in diese Richtung demo-

kratisiert und weiterentwickelt werden. Aber gerade auch im Ausland gibt es interessante Beispiele, so etwa die Metropolitanregionen Lyon, Stuttgart oder London.

- 4. Demokratie plus:** Die klassische politische Demokratie ist das eine, Demokratie kann und soll aber noch viel mehr bedeuten. Innovative Formen der partizipativen und emanzipatorischen Beteiligung von Menschen nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft (bspw. über Genossenschaften oder andere Formen des sozialen und solidarischen Wirtschaftens) und weiteren Lebens- und Gesellschaftsbereichen (bspw. im Bildungs- oder Gesundheitswesen) können einen überaus wichtigen Beitrag an lebendige, attraktive und nachhaltige Agglomerationen leisten.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Resolution der Geschäftsleitung SP Schweiz

R-2 Gemeinsam für lebendige Agglomerationen 2 (NEU)

Die Agglo, so scheint es manchmal, ist zum schweizerischen Sorgenkind geworden: vernachlässigt, unattraktiv, wenig erfolgreich, egoistisch und verschlossen. Der genauere Blick in die suburbanen Vorstädte (z.B. Zollikofen, Renens oder Schlieren) oder weiter ausserhalb liegende, periurbane Gemeinden (z.B. Münsingen, Echallens oder Rümlang) zeigt jedoch ein differenzierteres Bild. Die Agglo ist für ganz viele Menschen Heimat. Nichtsdestotrotz gibt es für die SP Handlungsbedarf, um die Lebensqualität in den Agglomerationen zu erhöhen. Besonders offensichtlich und dringlich ist dieser Bedarf in den Bereichen Siedlungs- und Raumplanung, Zersiedelung, Verkehrschaos, fehlende soziale Durchmischung und ein Mangel an öffentlichen Infrastrukturen, Dienstleistungen und Begegnungsstätten für die Bevölkerung sind wesentliche Gründe für das Gefühl der Vernachlässigung und einen eher schwach ausgeprägten Gemeinsinn.

Mehr Lebensqualität schaffen – dafür gibt es bewährte Mittel. Und die SP ist die Partei, die diese Mittel kennt und insbesondere im städtischen Raum seit Jahren und Jahrzehnten erfolgreich einsetzt. Nicht, dass die ganze Schweiz zur Stadt werden muss: Agglomerationspolitik heisst aber, dass man sich den gemeinsamen Interessen, Abhängigkeiten und Herausforderungen von Kernstadt, sub- und periurbanem Raum bewusst wird und so auch voneinander lernt (siehe Zwillingsresolution). **Gemeinsam geht es besser.**

Die SP Schweiz will die Agglo zum lebendigen und attraktiven Lebensraum machen. Dazu setzen wir auf folgende Massnahmen:

- 1. Aktive Bodenpolitik:** Um Siedlungen und Räume jenseits von individuellen Profitinteressen nach gesellschaftlichen Bedürfnissen gestalten zu können, braucht man die Verfügungsgewalt über das Allgemeingut Boden. Gemeinden, Kantone und der Bund müssen eine aktive Bodenpolitik betreiben: Öffentliche Kontrolle, keine Veräusserungen an Private und wenn immer möglich Rückkauf von Land.
- 2. Aktive Wohnpolitik:** Die SP-Wohnpolitik, die eine gezielte Ausweitung des gemeinnützigen Wohnungsbaus (öffentliches Eigentum, Genossenschaften etc.), einen starken Mieterschutz und soziale Durchmischung setzt, gilt es in der Agglo mit Nachdruck voranzutreiben.
- 3. Ganzheitliche Mobilitätspolitik:** Eine ganzheitliche Mobilitätspolitik kann realisiert werden, wenn sie integraler Bestandteil der Siedlungs- und Raumplanung ist. Sie ist auch nur dann möglich, wenn sie konsequent über die Gemeinde- und Kantons Grenzen hinaus geplant und durchgesetzt wird. Mit den Agglomerationsprogrammen des Bundes wird dieser Weg bereits erfolgreich beschritten. Grundsätzlich gilt: Öffentlicher Verkehr, Fuss- und Veloverkehr vor motorisiertem Individualverkehr. Mobilitätspolitik bedeutet heute aber auch, verantwortungsbewusst mit Mobilität umzugehen. Mehr Mobilität ist nicht automatisch besser.
- 4. Öffentliche Räume für alle schaffen:** Eine progressive Siedlungsplanung heisst, öffentliche Räume und Begegnungsstätten zu schaffen und zu pflegen, die quer durch die Bevölkerung genutzt werden. Die Möglichkeiten sind vielfältig, simpel und effektiv: Parks, Spielplätze, wöchentliche Märkte, Cafés, Restaurants oder Quartierzentren oder -läden

bringen unterschiedliche Menschen zusammen und stärken Gemeinsinn und Zufriedenheit.

- 5. Service public stärken statt Steuern senken:** Eine Siedlungsplanung, die sich für soziale Durchmischung und das Miteinander der Bevölkerung interessiert, setzt sich auch mit bildungs-, sozial-, gesundheits- und familienpolitischen Fragen auseinander. Lebensqualität für alle statt für wenige bedarf öffentlicher Infrastrukturen und öffentlicher Dienste, die als qualitativ hochstehender Service public organisiert sind. Zum Service public gehört zwingend auch die Gesundheitsversorgung. Gesundheitsstützpunkte, welche das ganze Spektrum – von ärztlicher/medizinischer Versorgung über den Care-Sektor bis hin zu Kinder- und Altenbetreuung – abdecken. Sie müssen möglichst nahe bei den Menschen eingerichtet werden. Gerade in Agglomerationsgemeinden, wo viele Pendlerinnen und Pendler leben, gibt es dringenden Handlungsbedarf. Dieser ist auch in anderen Bereichen gegeben. Generell sollen soziale Dienste nicht privatisiert und der Profitlogik ausgesetzt werden, sondern als Service public mit einem hohen professionellen Anspruch institutionalisiert sein.
- 6. Verwaltungskompetenzen aufbauen:** Raum- und Siedlungsplanung im öffentlichen Interesse tangiert zwangsläufig die Profitinteressen von privaten Investoren und Bauherren. Wie verschiedene Beispiele zeigen, ist es wichtig, dass die Gemeinden Kompetenzen aufbauen und Ressourcen einsetzen, um dem Bau- und Immobiliengewerbe auf Augenhöhe begegnen und um eigene Visionen und Projekte entwickeln zu können. Konkret: es braucht gut ausgebildete SiedlungsplanerInnen in den Gemeinden. In kleinen Gemeinden, wo die entsprechenden Ressourcen trotz gutem Willen fehlen, sind Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Gemeinden zu prüfen.
- 7. Demokratie plus:** Raum- und Siedlungsplanung betreffen die unmittelbaren Lebensverhältnisse von Menschen. Es ist deshalb wichtig, dass Betroffene mitbestimmen können. Zu den Betroffenen gehört explizit auch die ausländische Wohnbevölkerung. Statt einer bürokratischen Verrechtlichung der Raumentwicklung fordert die SP mehr Partizipation. Wie in den Niederlanden erfolgreich praktiziert, sollen betroffene Kreise von Beginn weg systematisch in Entwicklungsprozess eingebunden sein, da dies zu besseren und breit abgestützten Ergebnissen führt.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

TRAKTANDUM 7: PAROLENFASSUNG FÜR DIE EIDG. ABSTIMMUNGEN VOM 30. NOVEMBER 2014

I. **Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre» (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)**

Ausgangslage

Die Volksinitiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung wurde am 19. Oktober 2012 mit 103'012 gültigen Unterschriften eingereicht. Die ursprünglich von der Alternativen Linken (AL) alleine lancierte Initiative ist nach anfänglichen Problemen dank der tatkräftigen Mithilfe von SP und Unia in der Schlussphase doch noch zustande gekommen.

Die Initiative fordert schweizweit die Abschaffung der umstrittenen Pauschalbesteuerung bzw. sogenannten Besteuerung nach Aufwand. Diese privilegierte Besteuerung von wohlhabenden ausländischen Staatsangehörigen, die in der Schweiz keine Erwerbstätigkeit ausüben, verhilft über 5600 Personen zu einer legalen Steueroptimierung im ganz grossen Stil. Die Steuern auf Einkommen und Vermögen werden dabei nicht mittels einer normalen Veranlagung sondern aufgrund der Lebenshaltungskosten berechnet, was zu einer massiv tieferen Besteuerung führt.

Würdigung der Initiative

In den letzten Jahren haben fünf Kantone (ZH, AR, SH, BL und BS) die Pauschalbesteuerung abgeschafft. In fünf weiteren Kantonen sind diese Sonderregime zwar in Volksabstimmungen nicht abgeschafft, aber aufgrund des allgemeinen Misstrauens in der Bevölkerung die Voraussetzungen dazu verschärft worden.

Ein zentraler, in der Verfassung verankerter Grundsatz verlangt eine Besteuerung der Bürgerinnen und Bürger nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip. Mit der Pauschalbesteuerung von wohlhabenden ausländischen Staatsangehörigen findet eine verfassungswidrige Privilegierung sowohl im Vergleich zu allen anderen in der Schweiz wohnhaften Ausländerinnen und Ausländern als auch zu wohlhabenden Schweizerinnen und Schweizern statt. Mit der Pauschalbesteuerung werden also jene betrogen, welche ihr Vermögen und ihr Einkommen korrekt versteuern und es werden Personen privilegiert, die es wirklich nicht nötig hätten. Und die dadurch entgangenen Steuereinnahmen fehlen wiederum dann, wenn der Staat Benachteiligten helfen will.

Dieser Verstoss gegen die Steuergerechtigkeit lässt sich auch ökonomisch nicht rechtfertigen: Bei der Abschaffung der Pauschalbesteuerung im Kanton Zürich hat sich gezeigt, dass es zwar zum Wegzug eines Teils der zuvor Pauschalbesteuerten gekommen ist, aber gleichzeitig diese Ausfälle durch höhere Steuereinnahmen der neu Normalbesteuerten in etwa kompensiert werden konnten. Es kommt hinzu, dass mit einer nationalen – im Gegensatz zu kantonalen - Abschaffung verhindert werden kann, dass die Pauschalbesteuerten als Steuerflucht-Nomaden einfach über die Kantonsgrenze weiterziehen.

Stellungnahme an die Geschäftsleitung: Dem Parteitag wird die **JA-Parole** für die Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» empfohlen.

II. Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Ecopop-Initiative)

Ausgangslage

Im November 2012 reichte die Vereinigung Ecopop ihre Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» ein. Die Initianten nehmen eine Belastungsgrenze der «natürlichen Lebensgrundlagen» an und leiten daraus eine Obergrenze der Bevölkerungszahl ab, die es einzuhalten gelte. Sie fordern mit ihrer Initiative:

- Begrenzung der Zuwanderung in die Schweiz auf 0,2 Prozent pro Jahr.
- 10 Prozent der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit sollen für die freiwillige internationale Familienplanung eingesetzt werden.

Dies würde bedeuten, dass die Nettozuwanderung in der Schweiz 17'000 Personen pro Jahr nicht übersteigen dürfte. Aufgrund der diesbezüglich klaren Formulierung im Initiativtext wäre eine Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens bei Annahme der Initiative unausweichlich.

Beurteilung

Anlässlich der Beratung und Verabschiedung des Migrationspapiers der SP Schweiz hat sich bereits der Parteitag 2012 in Lugano mit der Ecopop-Initiative beschäftigt. Ein Antrag aus den Reihen der Delegierten, die Unterschriftensammlung zu unterstützen wurde mit aller Deutlichkeit abgelehnt. Die damals angeführten Gründe für die Ablehnung sind nach Ansicht der Geschäftsleitung nach wie vor gültig. Zudem hat die Fachkommission für Migration und Integration der Volksinitiative im Sommer 2014 eine ihrer Sitzungen gewidmet und u.a. auch den Leiter des Initiativkomitees als Referenten eingeladen. Die Mitglieder der Fachkommission konnten die Sorge um Natur und Umwelt wie auch etliche der dargelegten Problemanalysen teilen. Die wachsende Weltbevölkerung und ihr Ressourcenverbrauch stellen mittel- bis langfristig ein Problem dar. Die von Ecopop präsentierten Lösungsansätze sind aber vollkommen untauglich, um diese Probleme zu lösen:

- Mit der Initiative wird der ökologische Fussabdruck der Menschheit keinen Millimeter kleiner – die Menschen, die nicht mehr in die Schweiz zuwandern können, verschwinden ja nicht einfach vom Planeten. Strukturelle Probleme hinsichtlich der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen hingegen geht die Initiative nicht an. Wir reduzieren die Umweltbelastung durch einen schonenden Umgang mit unseren Ressourcen, mit unserem Boden und durch die Förderung von erneuerbaren Energien. Die SP setzt sich deshalb für eine konsequente Energie- und Umweltpolitik ein, statt die Schuld auf die Zuwanderung abzuschieben.
- Die Initiative untergräbt entwicklungspolitisch die Anstrengungen der Entwicklungszusammenarbeit für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung, indem sie pauschal zehn Prozent der Entwicklungsgelder in die freiwillige Familienplanung lenken will und es damit zielführenderer Verwendung entzieht. Das ist unsinnig. In den armen Ländern des Südens fehlt es nicht an Verhütungsmitteln, sondern an Gesundheitsversorgung, Bildung und Einkommen. Gute Entwicklungszusammenarbeit investiert namentlich in die Stärkung der

Stellung der Frauen und ihr Menschenrecht auf sexuelle Selbstbestimmung. Dann geht die Geburtenzahl von selbst zurück.

- Die Initiative blendet die soziale Gerechtigkeit aus. Heute verbrauchen die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung 30 Prozent des fossilen Kohlenstoffs. Die ärmsten 30 Prozent verbrauchen weniger als 10 Prozent. Die Initiative schiebt die Verantwortung für die Umweltbelastung auf die ärmsten Menschen ab. Das ist falsch und ungerecht!

Die SP will den Ressourcenverschleiss bremsen, an der Personenfreizügigkeit festhalten und gleichzeitig das inländische Potenzial durch bessere berufliche Rahmenbedingungen für Frauen, Berufsbildungsefforts und Anerkennung der Ausbildungen von Migrantinnen und Migranten optimal zu nutzen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt aus den dargelegten Gründen der Delegiertenversammlung die **NEIN-Parole** für die Abstimmung über die Ecopop-Initiative.

III. Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold» (Gold-Initiative)

Ausgangslage

Ein Komitee um die SVP-Exponenten Lukas Reimann, Ulrich Schlüer und Luzi Stamm reichte am 20. März 2013 die Volksinitiative „Rettet unser Schweizer Gold“ ein. Der verlangte neue Artikel 99a der Bundesverfassung fordert, dass die Schweizerische Nationalbank (SNB) mindestens 20 Prozent ihrer Aktiven in Gold halten muss. Zudem soll dieses Gold in der Schweiz gelagert werden und unverkäuflich sein.

Am 20. Juni 2014 lehnte eine Mehrheit von 156 zu 22 Stimmen bei 20 Enthaltungen im Nationalrat die Initiative ab. Der Ständerat votierte gleichentags sogar mit 43 zu 2 Stimmen gegen diese Vorlage. Die Initiative fand also nicht einmal in den Reihen der SVP eine Mehrheit.

Würdigung der Initiative

Die SNB hat den gesetzlichen Auftrag, die Preisstabilität sicherzustellen und dabei gleichzeitig die konjunkturelle Entwicklung der Volkswirtschaft im Auge zu behalten. Die Initianten gehen von der falschen Annahme aus, dass die Höhe des Goldbestandes für die Preisstabilität relevant ist. Das dem nicht so ist, ist wissenschaftlich klar belegt und wird nur in ideologischen Zirkeln in Zweifel gezogen.

So würde die Initiative das Gegenteil von dem bewirken was sie bezwecken soll bzw. vorgibt: Ein hoher und unverkäuflicher Anteil der Anlagen an Gold würde den Handlungsspielraum der SNB massiv einschränken.

Die Gold-Initiative verkörpert eine weltfremde Réduit-Haltung, die ökonomisch keinerlei Sinn macht. Durch den verlangten Mindestanteil von 20 Prozent Gold wäre die SNB permanent gezwungen, Gold zu zukaufen, wenn sich ihre Bilanz vergrössert. Heute sind 10 Prozent der Aktiven in Gold angelegt, so dass bei Annahme der Initiative die SNB ihre Goldbestände von rund 50 auf rund 100 Milliarden Franken verdoppeln müsste. Ein solches Vorgehen macht weder in Bezug auf die Geldpolitik noch auf die Anlagepolitik der SNB Sinn. Zudem werden Spekulanten den Goldpreis nach oben treiben; im Wissen, dass die SNB durch die Verfassung zu Goldkäufen gezwungen wäre. Daran ändert auch die vorgesehene Übergangszeit nichts. Dieser Eingriff in die Geld- und Anlagepolitik der SNB bringt den Bürgerinnen und Bürgern bzw. der Volkswirtschaft keinerlei Nutzen, sondern basiert auf der trügerischen und überholten Vorstellung, Geldstabilität lasse sich nur mit grossen Goldreserven garantieren.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Dem Parteitag wird zur Volksinitiative “Rettet unser Schweizer Gold“ die **NEIN-Parole** empfohlen

TRAKTANDUM 8: UMSETZUNG BV ART. 121A

Siehe separates Antragsheft in der Tischvorlage.

TRAKTANDUM 9: RESOLUTIONEN UND WAHLEN

A. Resolutionen

Resolution von Beat Jans, NR BS und Jacques-André Maire, NR NE

R-3 Für eine zukunftsfähige, ressourcenschonende Landwirtschaft

Die agrarpolitische Position der SP basiert auf folgenden Eckwerten:

1. Die SP steht ein für eine nachhaltige Landwirtschaft, die den Interessen der ProduzentInnen (inkl. Angestellte) und der KonsumentInnen gleichermaßen Rechnung trägt wie der Umwelt und dem Tierwohl und dabei eine Qualitätsstrategie verfolgt.
2. Die SP steht ein für eine Versorgung der gesamten Bevölkerung mit gesunden, qualitativ hochwertigen Lebensmitteln, wobei diese so weit wie möglich und sinnvoll in der Region bzw. im Inland produziert und andernfalls zu fairen Konditionen importiert werden sollen.
3. Die SP steht hinter dem bestehenden Landwirtschaftsartikel, der vor bald 20 Jahren mit überwältigendem Mehr in die Verfassung aufgenommen wurde. Die dort formulierten Ziele haben nichts an Aktualität verloren. Statt den Verfassungsartikel zu ändern, gilt es ihn konsequent zu vollziehen.
4. Genau das will die beschlossene Agrarpolitik 2014/17, die von der SP unterstützt wurde und nun umgesetzt werden muss. Auch wenn sich die SP in einzelnen Punkten noch mehr Konsequenz gewünscht hätte, wird sie sich einem Rückschritt hinter dieses Reformpaket entschieden widersetzen. Die SP verpflichtet sich zur Unterstützung der Landwirte bei der Umsetzung der Agrarpolitik 2014/17 und wird verlangen, dass die Entwicklung der Tierbestände, das Ausmass der Futtermittelimporte und die Umwelteinflüsse der Landwirtschaft evaluiert werden. Staatliche Mengen- und Preisregulierung, die zu einer erneuten Überproduktion führen, lehnen wir ab.
5. Die Umsetzung der Agrarpolitik 2014/17 wird Zeit brauchen. Die Landwirtschaft von heute muss wissen, worauf sie sich einzustellen hat. Und die Ökologisierung der Landwirtschaft duldet keine Rückschritte, wie der Schweizerische Bauernverband sie machen möchte. Die ProduzentInnen und Mitarbeitenden haben ein Recht auf Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Aus Sicht der SP hat die Landwirtschaft nicht ein Produktionsproblem, sondern ein Wertschöpfungsproblem. Eine Lösung liegt in einer umfassenden Qualitätsstrategie.
6. Die SP unterstützt die gerechte Abgeltung nachhaltig produzierter Lebensmittel über den Preis sowie ergänzende Entschädigungen für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen mittels gezielter Direktzahlungen, insbesondere für Bio-, Klein- und Bergbetriebe. Die SP un-

terstützt den Aufbau von respektvollen, konstruktiven Beziehungen zwischen den verschiedenen Marktakteuren, orientiert an einer Qualitätsstrategie, die branchenweit für faire Erlöse sorgt.

7. Die Agrarpolitik 2014/17 bringt mehr Biodiversität, was zu begrüßen ist. Beim Problem der Pestizidrückstände in den Gewässern muss hingegen mehr getan werden. Die SP wird zum Schutz von Naturschutzgebieten, Biodiversität und Landschaft neue Vorschriften verlangen.
8. Der SP liegt sehr viel am Erhalt des Kulturlandes. Sie hat sich deshalb für die Reform des Raumplanungsgesetzes und für die Zweitwohnungsinitiative eingesetzt und verlangt, dass diese Volksentscheide umgesetzt werden.
9. Die SP steht ein für eine artgerechte und an die Futtergrundlage angepasste Tierhaltung ohne Tierfabriken.
10. Die SP fordert einen transparenten Markt und unterstützt Initiativen zur Förderung lokaler und regionaler Produkte. Die Kontakte zwischen Bäuerinnen und Bauern und den KonsumentInnen sollen beispielsweise mit Konsum- und Verkaufsgenossenschaften, Landdienst und, wo sinnvoll, auch mit Direktverkauf ab Hof verstärkt werden.
11. Eine konsumentenfreundliche Deklaration mit eindeutiger Herkunftsangabe und Rückverfolgbarkeit ist eine Notwendigkeit.
12. Mit dem Direktzahlungssystem soll eine auf Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Qualitätsstrategie der schweizerischen Lebensmittelproduktion verfolgt werden. Dazu gehören die Förderung der graslandbasierten Viehwirtschaft und die Weiterführung des Moratoriums für die kommerzielle Freisetzung von genveränderten Organismen (GVO).
13. Die SP fordert ferner einen Gesamtarbeitsvertrag für die Angestellten in der Landwirtschaft, der einen Mindestlohn und gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit garantiert.
14. Die SP steht ein für eine sich materiell lohnende, ökologische, lokal verankerte Landwirtschaft, die kommenden Generationen eine Zukunft verspricht und Arbeitsplätze schafft.
15. Die SP ist besorgt über den anhaltenden Rückgang landwirtschaftlicher Betriebe und verlangt, dass Kleinbetriebe durch die politischen Rahmenbedingungen nicht benachteiligt werden. Die SP fordert weiter Direktzahlungsgrenzen bei hohen Vermögen und Einkommen sowie eine Begrenzung der Höchsttierzahl pro Betrieb.
16. Die SP setzt sich international für soziale und ökologische Produktionsstandards, für einen fairen Handel und für die Selbstbestimmung von bäuerlichen Familienbetrieben ein.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Resolution der Geschäftsleitung

R-4 La Suisse existe! Sprachgrenzen sollen zu Sprachbrücken werden

Die verschiedenen Sprachregionen sollen sich gegenseitig bereichern und nicht nur nebeneinander her leben. Die SP Schweiz fordert deshalb:

- Die Schweiz soll ihre vier Landessprachen und den Austausch zwischen den Sprachregionen pflegen und intensivieren.
- Der Unterricht einer nationalen Fremdsprache in der Primarschule muss in allen Kantonen obligatorisch bleiben.
- Kommt die von Volk und Verfassung geforderte Harmonisierung nicht auf dem Koordinationsweg zustande, soll der Bund von seiner Kompetenz Gebrauch machen und die notwendigen Vorschriften erlassen.
- Ergänzend zum obligatorischen Unterricht in einer zweiten Landessprache soll ein systematischer und flächendeckender Sprachaustausch stattfinden - sowohl bei den Schülerinnen und Schülern als auch bei Lehrpersonen. Auch das Konzept der zweisprachigen Schulen (immersiver Unterricht) insbesondere in zweisprachigen Kantonen soll verstärkt werden.
- Genügend Ressourcen und stufengerechterer Sprachunterricht.

Begründung

Die SP Schweiz engagiert sich für eine offene und tolerante Schweiz, nicht nur gegen aussen, sondern auch gegen innen. Dazu gehört die Pflege der Vielfalt der Kulturen und Sprachen. Diese trägt zum Zusammenhalt des Landes und zur Stärkung der Identität bei.

Kantonale Lösungen, die zu einer Benachteiligung der Landessprachen führen, gefährden den nationalen Zusammenhalt und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften. Sie laufen auch dem Harmonisierungsziel der Bundesverfassung zuwider.

2006 haben fast 86 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dem Bildungsartikel zugestimmt. Dieser sieht u.a. vor, dass die Schulsysteme bei den Zielen der Bildungsstufen harmonisiert werden müssen. Die Volksschule bleibt Sache der Kantone. Kommt aber auf dem Koordinationsweg keine Harmonisierung zustande, „erlässt der Bund die notwendigen Vorschriften“ (Art. 62, Abs. 4 BV).

In den französischsprachigen Kantonen ist die Harmonisierung weit vorangeschritten. Seit drei Jahren unterrichten die Lehrerinnen und Lehrer nach dem „plan d'études romand“. Alle Schülerinnen und Schüler lernen ab der dritten Klasse Deutsch. Anders sieht es in der Deutschschweiz aus: In verschiedenen Kantonen soll der „Harmos-Kompromiss“ (in der Primarschule lernen alle Kinder obligatorisch zwei Fremdsprachen, davon eine Landessprache) aufgebrochen werden. 15 Kantone, in denen 76 Prozent der Kinder zur Schule gehen, haben dem Harmos-Konkordat zugestimmt und kostenintensive Anpassungen vorgenommen. Wird die zweite Landessprache in gewissen Kantonen aus der Primarschule gestrichen, werden diese Anstrengungen in Frage gestellt.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Resolution der Geschäftsleitung

R-5 Unsere Verantwortung für die Tragödie in Syrien und Irak wahrnehmen

Die Krise in Syrien und Irak hat sich zur weltweit grössten humanitären Katastrophe seit Jahrzehnten ausgeweitet. Nachdem die Sicherheitslage und humanitäre Situation bereits zuvor äusserst kritisch war, hat sie sich infolge der Besetzung von Teilen ihres Staatsgebietes durch die terroristische dschihadistische Splittergruppe des selbst ernannten „Islamischen Staats“ (IS) weiter drastisch verschlechtert. In Syrien sind von einer Wohnbevölkerung von zuvor 21 Millionen Menschen inzwischen 10.8 Millionen auf humanitäre Hilfe angewiesen, in Irak von 29 Millionen deren 5.2 Millionen. Die meisten sind intern Vertriebene, davon die Hälfte Kinder. Viele Flüchtlinge sind in den Nachbarstaaten, nur wenige in Europa. In Syrien befinden sich 4.8 Millionen der intern Vertriebenen in äusserst schwer zugänglichen Regionen.

Der grenzübergreifende Charakter des IS bildet mit seiner prall gefüllten Kriegskasse und der modernen, reichlich ausgestatteten militärischen Ausrüstung eine ernsthafte Bedrohung der Grossregion. Der IS kommt aber nicht aus dem Nichts. Drei Jahre brutale Unterdrückung aller Erwartungen des syrischen Volks auf Würde, Pluralismus und Freiheit durch das Regime von Baschar al-Assad trug ebenso zum religiösen Extremismus und der sektiererischen Polarisierung bei wie die militärisch-politische Strategie der Regionalmächte Iran, Saudi-Arabien, Katar, Türkei und anderen, extremistische Milizen finanziell und militärisch gegen angeblich oder tatsächlich noch schlimmere Feinde aufzurüsten. Die Region überquillt von Waffenarsenalen in falschen Händen, während die verbliebenen säkular und menschenrechtlich orientierten Kräfte oft weitgehend schutzlos sind.

Unsere Mitverantwortung für die Tragödie in der Region geht weit über fehlgeleitete Rüstungsexporte hinaus. Was wir erleben, ist der Zusammenbruch eines Staatensystems, das die damaligen Kolonialmächte nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts auf dem Reisbrett entworfen haben, ohne Rücksicht auf die betroffenen Völker zu nehmen. Heute haben die nach dem ersten Weltkrieg in Westeuropa definierten Zentralstaaten des Nahen und mittleren Ostens bei ihren eigenen Bevölkerungen jegliche Legitimität verloren. Dieser Vorgang dürfte unumkehrbar sein, obschon er eine entscheidende Grundlage der UNO-Friedensordnung in Frage stellt: die in der UNO-Charta als unverrückbar geltenden Grenzen der Nationalstaaten. Noch fehlen konkrete Visionen, wie in der Region eine neue, legitime Ordnung ohne weiteres Blutvergiessen gefunden werden kann. Darüber braucht es eine breite Diskussion zwischen allen wesentlichen Akteuren. **Das Ziel ist klar: religiös und ethnisch neutrale Staaten, welche die Menschenrechte und die Rechte von Minderheiten aller Art respektieren.**

Auch die Schweiz ist Akteurin im Nahen und mittleren Osten. Sie hat im grossen Stil Waffen in die Türkei und die Golfstaaten geliefert. Sie spielt als Drehscheibe für einen Drittel des weltweit gehandelten Erdöls eine zentrale Rolle in der Finanzierung der Region und ihrer Kriege und Verbrechen. Auch sie hat mit dem Golfkooperationsrat (Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate) und weiteren Staaten der Region Freihandelsabkommen abgeschlossen und strebt mit der Türkei seit 2013 eine „strategische Partnerschaft“ an. Die um den Persischen Golf beheimateten Staatsfonds gehören zu den gewichtigen Aktionären der so genannten „Schweizer“ Grossbanken, die sich als Hausbanken der verbrecherischen Eliten am Golf anpreisen. Die Schweiz darf sich vor diesem Hintergrund nicht mit der Rolle begnügen, am grossen Reichtum des Nahen und mittleren Ostens teilzuhaben. Sie muss darüber hinaus verstärkt auch politisch ihre Mitverantwortung wahrnehmen, damit eine neue umfassende Friedensordnung aufgebaut werden kann.

Die SP Schweiz fordert ausgehend von diesen Überlegungen:

1. Die verbreiteten und teilweise systematischen Anschläge gegen die Zivilbevölkerung aufgrund ihres ethnischen oder politischen Hintergrunds, ihrer Religion, ihres Glaubens oder ihres Geschlechts bilden vielfach ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das nicht straffrei bleiben darf. Jegliche Form von Diskriminierung und Intoleranz aufgrund der Religion und Weltanschauung sowie Gewaltakte gegen religiöse und ethnische Gemeinschaften müssen aufs schärfste verurteilt und strafrechtlich geahndet werden. Die SP begrüsst Initiativen der internationalen Gemeinschaft und der Schweiz, um der Straflosigkeit von Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung entgegenzuwirken. Diese Initiativen sind zu vertiefen und weiterzuentwickeln. Auch begrüsst die SP die von der Schweiz mitgetragenen Sanktionen der EU gegen Träger des syrischen Regimes.
2. Die Schweiz muss gezielt mit jenen zivilgesellschaftlichen Gruppen, Parteien und Selbstverwaltungsorganen in der Region eine solidarische politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit aufbauen, die gegen Intoleranz und Hass antreten und für säkular verwaltete, multiethnische und multikonfessionelle Gesellschaften eintreten. Solche Inseln der Toleranz mit verschiedensten Ethnien und Konfessionen fanden sich während langer Zeit beispielsweise im Nordirak unter der kurdischen Regionalregierung oder gestützt auf zivilgesellschaftliche Initiativen in Selbstverwaltungsorganen im syrischen Gouvernat Idlib. Die vielfachen Vorschläge für eine „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit“ der Region nach dem Muster der in Europa erfolgreichen KSZE bzw. OSZE müssen vorangebracht werden. Gleichzeitig sind in der Schweiz Friedensforschung und Islamwissenschaften deutlich auszubauen und neue international vernetzte Foren des wissenschaftlichen und politischen Dialogs zu schaffen.
3. Grundsätzlich zu hinterfragen ist die bisherige Praxis, milliardenschwere Geschäfte im Nahen und mittleren Osten zu machen und jegliche Mitverantwortung für die damit mitfinanzierten Verbrechen abzulehnen. Westliche Staaten und Firmen müssen den Menschenrechten und der Friedensförderung in ihren Wirtschaftsbeziehungen zur Region endlich deutlich mehr Platz einräumen. Der Kampf gegen Geldwäscherei und Handel mit „blutigen“ Rohstoffen darf nicht länger ein blosses Lippenbekenntnis bleiben, sondern muss endlich wirksam umgesetzt werden.
4. Die Schweiz muss ihre kaum überschätzbare Rolle als äusserst bedeutender Finanz- und Rohstoffhandelsplatz der Region in den Dienst der dort lebenden Menschen statt in den Dienst der dort brutal herrschenden Eliten stellen. Der Bundesrat verfügt über die angestrebte „strategische Partnerschaft“ mit der Türkei und dem am 1. Juli 2014 in Kraft getretenen Freihandelsabkommen mit den Staaten des Golfkooperationsrates über einen wirksamen Hebel, um seinen Einfluss geltend zu machen. Die Golfstaaten dürfen nicht länger religiösen Extremismus finanzieren und im Innern die Menschenrechte mit Füßen treten. Und in der Türkei stehen nicht zuletzt die ins Stocken geratenen Friedensverhandlungen der türkischen Regierung mit dem Kurden-Führer Abdullah Öcalan auf dem Spiel. Die Schweiz muss ihren Einfluss vermehrt geltend machen und darf sich nicht aus ihrer Mitverantwortung stellen.
5. Allein in den fünf Jahren 2009–2013 exportierte die Schweiz für über 800 Millionen Franken Kriegsmaterial an Staaten der arabischen Halbinsel. Solche Lieferungen und jegliche militärische Zusammenarbeit mit den Regierungen der Region müssen endlich gestoppt und die Kontakte zum zwielichtigen türkischen Geheimdienst MIT überprüft werden. Zudem soll die Schweiz ihr Engagement für Rüstungskontrolle und Abrüstung in der Region, darunter die Errichtung einer von Massenvernichtungswaffen freien Zone, intensivieren. Zudem soll die Möglichkeit von UNO geführten Missionen zum Schutz der Zivilbevölkerung ausgelotet werden.

6. Wie vom Nationalrat in einem Postulat gefordert, soll der Bundesrat endlich Massnahmen prüfen, mit welchen deutlich grössere Flüchtlingsgruppen als bis anhin in Europa und der Schweiz aufgenommen werden können. Damit sollen auch die an Syrien angrenzenden Staaten unterstützt und entlastet werden, damit diese durch die grossen Flüchtlingsströme nicht noch weiter destabilisiert werden. Zudem muss auch die direkt in Syrien und dem Irak geleistete humanitäre Hilfe deutlich ausgeweitet und nicht allein über die Hauptstädte verteilt werden. Vielmehr soll sie auch direkt über zivilgesellschaftliche Kanäle den Flüchtlingen und weiteren Opfern der Gewalt zukommen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

B. Wahl Co-Präsidium Fachkommission Landwirtschaft

Von der Geschäftsleitung zur Wahl vorgeschlagen: Jacques-André Maire, Nationalrat NE

Curriculum Vitae

Nom : MAIRE
Prénom : Jacques-André

Date et lieu de naissance : 27 mai 1957 à Neuchâtel
Origine : Brot-Dessous et Les Ponts-de-Martel
Domicile : Grande-Rue 38, 2316 Les Ponts-de-Martel
Etat civil : Marié à Monika Maire-Hefti, père de 3 enfants (Flavia, 22 ans, Gaël, 22 ans, et Alexis, 20 ans)
Confession : Réformé
Incorporation militaire : Soldat sanitaire

Ecoles suivies :

- de 1964 à 1969 : Ecole primaire aux Ponts-de-Martel
- de 1969 à 1973 : Ecole secondaire au Locle
- de 1973 à 1976 : Gymnase scientifique à La Chaux-de-Fonds
- de 1976 à 1981 : Université (biologie) à Neuchâtel
- de 1981 à 1982 : Séminaire pédagogique à Neuchâtel
- de 1991 à 1994 : Institut des hautes études en administration publique (IDHEAP) à Lausanne

Diplômes obtenus :

- Maturité scientifique (en 1976)
- Licence ès sciences, orientation biologie, avec mention bien (en 1981)
- Certificat d'aptitudes pédagogiques (en 1982)
- Master en administration publique (en 1994)

Parcours professionnel :

Licencié en biologie, j'ai enseigné la biologie et la chimie au Gymnase cantonal de La Chaux-de-Fonds pendant 15 ans avant de compléter ma formation par un master en administration publique à l'IDHEAP. J'ai ensuite dirigé durant 6 ans le Séminaire pédagogique de l'enseignement secondaire (SPES) de Neuchâtel avant de devenir chef du Service cantonal de la formation professionnelle et des lycées jusqu'à fin 2009. Depuis début 2010, j'occupe la fonction de conseiller stratégique au Département de l'éducation de la culture et des sports (DECS)

Parcours politique :

J'ai siégé durant 7 ans, de 1993 à 2000, au Grand Conseil neuchâtelois avant de devoir abandonner ce mandat pour cause d'incompatibilité avec ma nouvelle fonction professionnelle.

Depuis le 21 septembre 2009, je siège au Conseil national au sein du Groupe socialiste.

Vie associative :

Membre de diverses associations culturelles et sportives (ski, curling...), ainsi que du conseil de la paroisse réformée des Hautes-Joux (district du Locle).